

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr M.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 Pfg. u. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigl. Wildb. Postkassenkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum M. 1.20, auswärts M. 1.50. : : Reklamezeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auktionsfertigung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : : In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Num. 68

Februar 179

Wildbad, Mittwoch, den 22. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Der Reichstag setzte am Dienstag seine Steuerberatungen fort.

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wird die Ernennung der Abordnung für die Konferenz in Genoa voranschrittlich erfolgen.

Dem zum Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannten Curtis Thomas Everett ist mit Zustimmung der württ. Staatsregierung namens des Reiches das Exequatur erteilt worden.

Die Vorkonferenz hat der deutschen Botschaft in Paris eine Note überreicht, in der eine Entschädigung für den polnischen Aufstand abgelehnt wird.

Die europäische Konferenz zur Bekämpfung der Seuchengefahr ist unter Beteiligung von 24 Ländern in Warschau eröffnet worden.

In der Sitzung des polnischen Budgetausschusses wurde ein Gesetz genehmigt, durch das ein besonderer Zuschlag zur Steuer für ledige Frauen und Männer (Zunngelassensteuer) eingeführt wird.

Italienische Truppen landeten auf einer Insel im Ägäischen Meer, verhafteten die vornehmsten Bürger und Kleriker sie nach Rhodos.

Der japanische Gesandte in Peking erhielt den Auftrag, Verhandlungen mit der chinesischen Regierung wegen Räumung von Schantung durch die japanischen Truppen einzuleiten. Die Räumung soll im April beginnen und Anfang Mai beendet sein.

Oberschlesien!

ob. Ein Name, der in der deutschen Geschichte hohen Rang besitzt, ein Land, dessen Besitz Preußen und dem Deutschen Reich so unendlich viel bedeutete — Oberschlesien! Und heute, wo durch die Presse allenthalben die Mitteilung geht, daß „mit der Übergabe des besetzten Gebiets in Oberschlesien an Deutschland in absehbarer Zeit gerechnet wird“, heute bricht aufs neue der in grimmiger Schmerz hervor um verlorenes schönes deutsches Gebiet! Was hilft alles Klagen! Wir haben uns dem Beschluß des Völkervertrages zu fügen, der uns so vieles nimmt. Die geradezu sinnlose Teilung Oberschlesiens wird sich noch rächen, die Geschichte wird einst davon zu berichten haben. Unsere Trauer sei aber von dem tröstlichen Gedanken begleitet, daß wir die verdamnten Polen eines Tages doch hinausjagen werden und daß ihre Woiwodschaften, in denen sich die schmutzigen polnischen Beamten breit machen, eines Tages mit deutschen Besen von allem Unrat gereinigt werden.

Wir, die wir anno 15 am Rarew kämpften, die wir dann im November 18 der Befreiung des „Königreichs Polen“ bewohnten, Bethmanns unheimlicher Schöpfung, wir können erzählen von dem Lande der Faulheit und der Dreifügigkeit. Der polnische Bauer ist ja so heinem, daß er seinem Weibe alle Arbeit überläßt. Und sein Holz sieht er im Walde, weil ihm kein Förster auf die Fingern sieht.

Manch deutsches Heldengrab liegt unter polnischen Eichen im Dombrowa (Eichenwald), deren das Land gar viele besitzt. Diese Wälder sind von wunderbarer Schönheit, deutsche Forstwirtschaft hat da im Kriege viel geleistet und den Polen den rechten Weg zur Forstkultur gewiesen.

Wir müßten die wertvollsten Teile Oberschlesiens einem Volke überlassen, dessen abscheulicher Charakter und das Blut stochen macht, müssen ohnmächtig zusehen, wie das Erz und die Kohle, die deutsche Bergleute ersteben und in mühseliger Arbeit zu Tage fördern, nun in polnische Hände geraten.

Gut ab vor den Deutschen in Oberschlesien! Was sie haben ertragen müssen, was oft zuviel für ein Menschenherz. Qual und Not und Sorge, das waren die drei Bedränger der Oberschlesier. Und dann darf auch nie die französische Schändlichkeit vergessen werden, die den Polen half und ihre Schandtat deckte und unterstützte, Taten, die einem Kulturvolk, wie es die Franzosen sein wollen, zu ewiger Schmach gereichen.

Korfanj stand in französischem Sold, daran ist nicht

zu zweifeln. Und seine Taten sind legitim nichts als Auswüchse französischer Diplomatie.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf sollten die Angelegenheiten regeln, die durch die unnatürliche Grenzziehung des Diktates vom 20. Oktober 1921 brennend geworden waren. Man hat über die Verhandlungen selbst weiter nichts erfahren, als daß in neun von zwölf Punkten eine „Verständigung“ erzielt worden ist, während in den anderen Punkten der Schiedspruch des Vorsitzenden Calonder eine unantastbare Entscheidung bringen wird. Soviel steht fest: 42 Prozent der Bewohner Oberschlesiens kommen zu Polen, obgleich nur 37 Prozent für Polen gestimmt haben, von den 60 Milliarden Tonnen Kohlen des obereschlesischen Beckens bleiben nur 8,5 Prozent bei Deutschland, 53 von 67 Steinkohlengruben werden den Polen ausgeliefert.

Es bedarf wohl weiter keiner Zahlen, um die ganze Schmach der Teilung Oberschlesiens zu dokumentieren. Wir wollen stets eingedenk bleiben dieser Schande, die uns Hindenburgs Sohn, Deutschland sei auf der Hut vor dem Feinde im Osten; in Treue denken wir der Brüder, die uns entrissen wurden, wir werden sie nie vergessen, wie sie auch ihr Mutterland nie vergessen mögen!

Reichstag.

Berlin, 20. März.

Die Sitzung beginnt um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der einzelnen Steuervorlagen, und zwar zunächst der Vermögenssteuer.

Präsident Löbe teilt den Wunsch des Vorkommensausschusses mit, die zweite Lesung der Steuervorlagen bis Ende dieser Woche zu beendigen, eventuell mit Hilfe einiger Abendstunden.

In dem Ausschusantrag soll ab 1. Januar 1923 eine jährliche Vermögenssteuer erhoben werden, die betragen soll von den ersten angefangenen oder vollendeten 250 000 M. 1 vom Tausend, für die nächsten 250 000 M. 2 vom Tausend, für die nächsten 250 000 M. 3 vom Tausend, für die nächste Million 4 vom Tausend, für die nächsten 2 Millionen 5 vom Tausend, für die nächsten 3 Millionen 6 vom Tausend, für die nächsten 4 Millionen 7 vom Tausend, für die nächsten 5 Millionen 8 vom Tausend, für die nächsten 10 Millionen 9 vom Tausend und für die weiteren Beträge 10 vom Tausend. Auf die Dauer von 15 Jahren erhöht sich die Steuer um einen Jahreszuschlag von 100 v. H. für die ersten, von 150 v. H. für die nächsten 250 000 M. und um 200 v. H. für die weiteren Beträge. Bis 100 000 M. ist das Vermögen nicht steuerpflichtig.

Abg. Dr. Helfferich (D.nat.) stellt zunächst fest, daß er mit seinen früheren Ausführungen keineswegs die Tätigkeit anderer Parteien habe herabsehen wollen. Die Kampfweise der Deutschen Volkspartei gegen die Mittelstandspolitik der Deutschnationalen sei aber keineswegs freundschaftlich zu nennen. Steuern von solcher Höhe, wie sie die Vorlage enthält, werden auf die Dauer nicht erhoben werden können. Wenn es der Regierung nicht gelingt, in anderer Weise den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, können wir einpacken. Die Bestimmungen im Wiesbadener Abkommen betreffend die Sachleistungen sind genau so phantastisch und unsinnig, wie die übrigen Reparationsforderungen.

Abg. Soldmann (Unabh.): Eine genügende Vermögenssteuer würde das Duzend einzelner Steuervorlagen überflüssig machen.

Abg. Göllein (Komm.): Die Vermögenssteuer ist weit davon entfernt, eine wirkliche Belastung des Besitzes herbeizuführen. Dabei ist sie im Ausschuss noch weiter verschandelt worden und Deutschnationale bis zu den sogenannten Demokraten hin waren bemüht, den Staat nach Strich und Faden um die Steuern zu bemogeln.

Abg. Rahmann (Soz.): Nicht aus Agitationsrücksichten, sondern aus außerpolitischen und innerpolitischen Gründen arbeiten wir am Aufbau der deutschen Republik mit. Keine Freude können allerdings Kompromisse niemals auslösen.

Damit schließt die Aussprache über den § 1, der unter Ablehnung der kommunistischen Anträge über die frühere Inkraftsetzung des Gesetzes und längere Fortdauer der Zuschläge angenommen wird.

Zu § 2, Steuerpflicht und steuerbares Vermögen, bekräftigt Abg. Dr. Helfferich (D.nat.) einen An-

trag, wonach bei Abrechnung der ausländischen Steuer das ausländische Grund- und Betriebsvermögen ausgenommen werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes bittet, den Antrag abzulehnen, da die Besitzer solcher Vermögensgegenstände sonst günstiger gestellt würden, als es dem bisherigen Rechtszustand entspricht. Redner entschuldigt die Abwesenheit des Reichsfinanzministers mit dringenden Arbeiten bei der schweren außenpolitischen Lage.

Abg. Becker-Hessen (D.Vp.) stimmt dem Antrag Helfferichs zu.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) hält an der Ausschussfassung fest.

Der Antrag Helfferichs wird sodann abgelehnt und die nächsten Paragraphen werden in der Ausschussfassung angenommen.

§ 5 bestimmt, daß Unternehmungen von der Steuer befreit sind, deren Erträge ausschließlich dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufließen, außerdem andere gemeinnützige Einrichtungen. Sparkassen hingegen nur dann, wenn sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparverkehrs beschränken.

Ein Antrag Bernst in (Soz.) will diese Einschränkung der Steuerfreiheit der Sparkassen aufheben.

Staatssekretär Jany tritt demgegenüber für die Ausschussfassung ein, ebenso Abg. Becker-Hessen (D.Vp.), während die Vertreter der Unabhängigen und Kommunisten den Antrag Bernst in unterstützen.

§ 5 wird schließlich in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die nächstfolgenden Paragraphen.

Zu § 10, der den Begriff „Sonstige Vermögen“ definiert und als steuerpflichtig bezeichnete Gegenstände aus edlen Metallen, Schmuck- und Luxusgegenstände sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 10 000 M. und darüber beträgt.

Ein Antrag der Kommunisten, statt „Anschaffungspreis“ zu setzen „gegenwärtiger Handelspreis“ wird abgelehnt und die Ausschussfassung mit einem Zusatzantrag Mollenhuth (Soz.) angenommen, wonach eine Ausnahme für die Werke lebender oder seit 15 Jahren verstorbenen Künstler zugelassen wird.

Auch die nächstfolgenden Paragraphen werden unter Ablehnung kommunistischer Zusatzanträge angenommen.

Ein kommunistischer Vertagungsantrag wird abgelehnt.

§ 16 bestimmt, daß die Vermögensgegenstände jeweils unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu bewerten sind. Bei der Ertragsermittlung soll insbesondere der Ertrag der letzten 3 Jahre ermittelt werden. Die Wertfeststellung bei Grundstücken soll nach der Regierungsvorlage durchweg nach den gemeinen Werten erfolgen. Der Ausschuss hat dafür den Ertragswert eingesetzt.

Sozialdemokraten und Kommunisten beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Schiele (D.nat.) widerspricht und beantragt, bei verpachteten Grundstücken, die dauernd land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieben gewidmet sind, den Wert des Betriebsvermögens, das im Eigentum des Pächters steht, als einen Teil der zur Vermögenssteuer zu veranlagenden Gesamtwerte des Grundstücks festzusetzen.

Abg. Pohlmann (Dem.) bedauert, daß im Ausschuss keine Verständigung über den § 16 zu erzielen war. Der Grundgedanke des gemeinen Wertes werde zweifellos dazu führen, daß der Grundbesitz zum Papierwert werde.

Abg. Gerold (Centr.) tritt für den Ausschusantrag ein mit der Aenderung, daß bei der Ermittlung des Ertragswertes insbesondere auch der Ertrag der letzten 2 Jahre zu berücksichtigen ist.

Ein Regierungsvertreter erklärt sich gegen diesen Zusatzantrag, der eine Abschwächung des Grundgesetzes bedeuten würde, daß der Ertragswert möglichst dem gemeinen Wert angepaßt sein sollte. Auch der Antrag Schiele sei unannehmbar, da das Gesetz Personen und nicht Grundstücke besteuere.

Abg. Gents (Unabh.) tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Mit dem Ertragswert wolle man nur die Steuern der Agrarier schonen.

Abg. Göllein (Komm.) erklärt, die Anträge zu § 16 seien nichts als Steuerabschöpfung des Bürgerums.

Damit endigte die Aussprache über diesen Paragraphen. Abstimmung und Weiterberatung des Gesetzes erfolgt morgen nachmittags 2 Uhr.

Neues vom Tage.

Deutsche Vorbereitungen für Genoa.

Berlin, 21. März. Wie die Blätter erfahren, sind die deutschen Vorbereitungen für Genoa zu einem gewissen Abschluß gelangt. Voraussichtlich wird sich das Reichskabinett bereits in seiner nächsten Sitzung, die, wie die „Voss. Sta.“ mitteilt, heute stattfinden wird,

mit dem Ergebnis der Verhandlungen befaßt. Ueber die Zusammenfassung der deutschen Vertretung für Genoa weiß der „Berl. Volksanz.“ mitzuteilen, daß die zuständigen Ministerien, das Auswärtige Amt, das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und das Wiederaufbaumini-erium durch ihre Minister oder Staatssekretäre vertreten sein werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird, mehreren Bittern zufolge, Dr. Rathenau die Führung der Abordnung übernehmen. Der „Berl. Volksanz.“ erklärt, das schlechte jedoch nicht aus, daß Reichskanzler Dr. Brüning nach Genua fahren werde. Er werde sich bestimmt einige Tage dort aufhalten, wenn die Ministerpräsidenten der übrigen in Genua vertretenen Staaten die Konferenz besuchen würden.

Beginn der Ernährungsminister-Konferenz.

Berlin, 21. März. Heute vormittag beginnt im Reichsernährungsministerium die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, in der über die künftige Ernährungspolitik beraten werden soll.

Der Kandidat für den Posten des Reichsernährungsministers.

Berlin, 21. März. Für die jetzt frei gewordene Stelle des Reichsernährungsministers kommt in erster Linie Ministerialdirektor Hagedorn in Betracht, der bereits unter Batocki im Ernährungsministerium eine hervorragende Rolle gespielt hatte. Ohne ausgesprochenen Parteiman zu sein, steht Hagedorn der Deutschen Volkspartei am nächsten. Auch zwei Zentrumskandidaten werden genannt. Es sind dies Guerardi und Kroner, doch scheint Hagedorn die meisten Aussichten zu haben.

Die künftige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 21. März. Im Hauptauschuß des Reichstages wünschete der Abgeordnete Glöckner (Zentr.) Auskunft über die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates. Der Redner gab zu erwägen, ob der Reichswirtschaftsrat bei der endgültigen Regelung seiner Form nicht im vereinbarten Maßstab dem Reichsrat angeglichen werden sollte. Dadurch würde den Ministerien viel Arbeit erspart, denn jetzt seien Regierungskommissare gezwungen, an den Sitzungen des Reichsrates, Reichstages und des Reichswirtschaftsrates teilzunehmen, wo vielfach dasselbe Thema behandelt werde. Reichswirtschaftsminister Schmidt erwiderte, daß das Schwerkrieg der Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates in den Ausschüssen liegt. Während von April bis Ende Februar 1922 nur 19 Plenarsitzungen stattgefunden hätten, seien 707 Ausschusssitzungen abgehalten worden.

Ministerpräsident Braun gegen die Autonomie Schlesiens.

Breslau, 21. März. Im Anschluß an einen Rundgang durch die Jahrhunderthalle fand ein geselliges Beisammensein statt, bei welchem Ministerpräsident Braun eine Rede hielt. Er betonte, daß der schlesische Handel und die schlesische Industrie durch den preussischen Staat sich zur Blüte entwickelt hätten. Der Wille zum Aufstieg, der auch in der diesjährigen Messe wieder zum Ausdruck komme, beweiße, daß Breslau sich nicht mit der Rolle des großstädtischen Mittelpunktes einer Industrie- und gewerbereichen Provinz begnüge, sondern sich auch seinen Platz als wirtschaftlicher und geistiger Mittler zwischen Ost und West neu erringen wolle. Seine wirtschaftlichen Zukunftspläne könne Schlesien am sichersten als ungeteiltes und festes Mitglied des preussischen Staates erreichen, mit dem es innig verschmolzen sei. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die von unseren westlichen Nachbarn erwählte Kleinstaaterei, welche die rationelle Auswirkung aller wirtschaftlichen Kräfte verhindere.

Dr. Fischer, der neue bayerische Gesandte in Stuttgart.

München, 21. März. Wie die T. U. erfährt, hat sich der Ministerialrat einmütig für die Berufung des bisherigen Ministerialrates im bayerischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Fischer, zum Gesandten bei der württembergischen Regierung in Stuttgart ausgesprochen. Fischer steht im 50. Lebensjahr und war bisher im Außenministerium und im Ministerium des Innern, nach Errichtung des Landwirtschaftsministeriums in diesem in diesem tätig, wo er das Ernährungsreferat führte. Seine Erfolge auf ernährungspolitischem Gebiet sind von allen politischen Parteien anerkannt worden. Ministerialrat Fischer ist eine besonders auf wirtschaft-

lichem Gebiet erfahrene Persönlichkeit von großer Arbeitskraft. Gegenwärtig bekleidet er sich zu wirtschaftspolitischen Verhandlungen in der Schweiz. Seinen Posten in Stuttgart dürfte er anfangs April antreten.

Deutsche Sachverständige in London.

Berlin, 21. März. Aus London wird der „Deutschen Allg. Ztg.“ berichtet: Viel bemerkt wird hier angeht die heute eröffneten Sachverständigenkonferenz der Verbündeten die Anwesenheit einiger deutscher Sachverständiger, an deren Spitze Staatssekretär Dr. Bergmann steht. Sie sind in der vergangenen Woche von einem Vertreter der englischen Regierung empfangen worden, um die Ansichten über die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf finanziellem Gebiet auseinanderzusetzen. Der englische Regierungsvertreter brachte besonders Interesse der Frage entgegen, inwiefern sich die von Frankreich geforderte Kontrolle der deutschen Staatsfinanzen unter Beachtung der deutschen und internationalen Gesetze überhaupt durchführen lasse. Wie es heißt, sollen die deutschen Vertreter um Auskunft ersucht werden, wenn es die Sachverständigenkonferenz für nötig halten sollte.

Erste Lage in Irland.

London, 21. März. Die Presse sieht die Lage in Irland als ernst an. „Ball Mall and Globe“ zufolge werden in Irland eifrig Vorbereitungen für den von vielen Seiten als unvermeidlich angesehenen Bürgerkrieg betrieben. Der Belfast Berichterstatler der „Evening News“ sendet seinem Blatt eine Schilderung über die Lage an der Grenze von Ulster und Südirland. Die Grenzlinie gleiche einer Schlachtfeldfront. Die Streitkräfte des irischen republikanischen Heeres und die Ulsterleute ständen sich auf Schußweite gegenüber und hätten sich während des Wochendes mit Gewehren und Maschinengewehren dauernd unter Feuer gehalten. Nur wegen der guten Versorgung der Gegner seien keine ernstlichen Verluste entstanden. Fliegende Kolonnen des irischen republikanischen Heeres hätten bereits zwei Einfälle in das Ulstergebiet unternommen, wobei sie die Polizeikolonnen überrollt und alle dort befindlichen Waffen fortgeführt hätten.

Die Entschädigung der Reparationskommission.

Paris, 21. März. Die Reparationskommission hat bei ihren Beratungen über die Zahlungen Deutschlands im Jahre 1922 bereits Entscheidungen getroffen, die darauf hinauslaufen, den Hauptgrundlag einer Finanzkontrolle über das Reich, besonders über die Zölle, zuzulassen. Außerdem wird Deutschland verpflichtet sein, den Fehlbetrag von nicht ausgeführten Naturalieferungen in bar zu bezahlen. Für das Jahr 1922 soll Deutschland ein Moratorium auf der in Cannes vorgesehenen Grundlage gewährt werden, nämlich 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Waren anstatt der zwei Milliarden Goldmark und 26 Prozent für die Ausfuhr.

Abgelehntes Gesuch für Erlass der Karol.

Wien, 21. März. Die englische Gesandtschaft hat es abgelehnt, das von den ungarischen Monarchisten vorgeschickte überreichliche Gesuch an den König und die Königin von England zugunsten der Familie des Erzherzogs Karl weiterzuleiten und hat das Gesuch an die Botschafter zurückgeschickt.

Schweizerisch-polnisches Handelsabkommen.

Basel, 21. März. Zwischen der Schweiz und Polen schweben zurzeit Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens. Man rechnet damit, daß diese Verhandlungen binnen kurzem abgeschlossen werden können.

Poincare und Genua.

Paris, 21. März. In hiesigen politischen Kreisen wird angenommen, daß Poincare persönlich nach Genua gehen werde, um wenigstens an den ersten Sitzungen teilzunehmen. Ein endgültiger Beschluß darüber wird erst nach der Konferenz der Sachverständigen möglich sein, wie überhaupt die Auffassung des amtlichen Frankreich ganz wesentlich durch den Verlauf der Londoner Besprechungen beeinflusst wird.

Die Einverleibung Posen in die Republik Polen. Warschau, 21. März. Entsprechend dem Beschluß des Ministerrates in der Angelegenheit des ehemals preussischen Teilgebietes und die Vertreter des Innen-

ministeriums nach Genua abgeleitet um die Verwaltung der inneren Angelegenheit zu übernehmen. Diese Tatsache bildet das letzte Glied im Werke der Vereinigung des ehemals preussischen Teilgebietes mit der polnischen Gesamtrepublik.

Zurückziehung sämtlicher amerikanischer Truppen vom Rhein.

Paris, 21. März. Reuters meldet aus Washington: Der Staatssekretär für Kriegswesen, Weeks, hat angeordnet, daß alle noch im Rheinland befindlichen amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli zurückgezogen werden.

Der Stuttgarter Tiergarten.

Die Frage der Erhaltung und Fortführung des Tiergartens an der Doggenburg ist durch die dieser Tage erfolgte Gründung eines „Vereins Tiergarten Stuttgart e. V.“ in ein entscheidendes Stadium getreten und hat damit auch eine vorläufige Lösung gefunden. Seit der Schließung des Mill'schen Tiergartens am Herdweg, dessen Areal bekanntlich im Jahre 1906 durch Kauf an den Staat übergegangen ist, besteht auf der Doggenburg ein Tiergarten, der, wenn auch in kleinerem Maßstab betrieben, doch allen Tierfreunden und Kindern eine Fülle von Anregung, Belehrung und Unterhaltung geboten hat und sich bei Groß und Klein in weitesten Kreisen großer Beliebtheit erfreute. Diesem Tiergarten drohte der Untergang dadurch, daß das Gelände, auf dem er steht, verkauft wurde und überbaut werden sollte. Es bestand nun die Absicht, den Tiergarten in den Park des Schlosses Rosenstein zu verlegen, der sich für diese Zwecke hervorragend geeignet hätte. Der Verlegung, der die Staatsfinanzverwaltung zunächst grundsätzlich zugestimmt hatte, stellen sich aber kurze Hindernisse dadurch entgegen, daß sich noch nicht übersehen läßt, inwiefern die Einrichtung eines Tiergartens mit dem in letzter Zeit durch die mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark gegründete Mineralbad-Alliengesellschaft tatkräftig in Angriff genommenen Plan eines Bäder-Unternehmens in zweckentsprechende Verbindung gebracht werden kann, eine Frage, die bei der großen Bedeutung des Bäderunternehmens für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Stadt und des Landes eingehender Prüfung bedarf. Jetzt hat sich die Möglichkeit geboten, das bisherige Gelände des Tiergartens auf der Doggenburg auf eine Reihe von Jahren zu pachten und den Tiergarten auf diesem Gelände weiter zu betreiben, bis die Verlegung in den Rosensteinpark, die nach wie vor im Auge zu behalten ist, spruchreif wird. Es hat sich daher ein „Verein Tiergarten Stuttgart e. V.“ gebildet, der die Instandhaltung und Wiedereröffnung des Tiergartens Doggenburg in die Hand nehmen will, um Stuttgart unter allen Umständen seinen Tiergarten zu erhalten. Mitglied des Vereins kann jedermann werden, der einen Beitrag von 1000 Mk. zeichnet, wofür er mit seinen Familienangehörigen freien Eintritt in den Tiergarten hat. Selbstverständlich wird die Stadt Stuttgart den neugegründeten Verein unterstützen und man darf auch hoffen, daß der Staat diesen einzigen Tiergarten des Landes, der auch für die Kunstausstellung wegen der Bedeutung des Studiums am lebenden Tiermodell von Wichtigkeit ist, fördern wird.

Württemberg.

Stuttgart, 21. März. (Handwerkerfragen.) Die freien Innungen für das Pfisterergewerbe der vier Handwerkskammerbezirke Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart und Ulm haben am letzten Sonntag im Sitzungssaal der Handwerkskammer Stuttgart getagt und die Zusammenfassung der vier Innungen zu einem Landesverband einstimmig zum Beschluß erhoben. Auf Anraten von Stadtrat Wolf, Vorsitzender der Handwerkskammer Stuttgart, wurde ferner beschlossen, die vier Innungen im Geist und Sinn des Reichsrahmengesetzes in tunlichster Weise in Pflicht-Innungen umzuwandeln. Man erhofft dadurch, im Handwerk eine größere Machtvollkommenheit zu erzielen, im gewerblichen und volkswirtschaftlichen

Ein Malenglück.

Originalroman von C. Wildenburg.

23. (Nachdruck verboten.)

Aus den andern Türen waren gleich wieder die Köpfe mit den weißen Hauben herausgehoben, als sie die Männerstimme auf dem Flur gehört hatten. Aber Dieter war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um darauf zu achten. Nun öffnete sich auch seine Tür. Aber „Donnerwetter, auch so'ne Alte!“ wäre er beinahe herausgeplatzt. Die war doch jedenfalls nur zu seiner Wilma auf Besuch gekommen, um sich an deren früherer Jugend zu erinnern?

„Was wollen Sie hier?“ fuhr ihn die Alte an.

„Ich bitte, zu entschuldigen! Ich wollte Fräulein von Leßdorf abholen; habe solche Sehnsucht nach ihr gehabt,“ verteidigte Graf Dieter seinen Standpunkt.

Doch weiter kam er trotz seines lebenswürdigen Tones nicht.

„Mensch, sind Sie verrückt?“ schrie ihn die Stützdame an, „Fräulein v. Leßdorf steht vor Ihnen. Wie kommen Sie zu solch impertinenten Ausrufungen?“

„Da muß ein Irrtum ohnmächtig!“ sagte Graf Dieter ergeben; es begann sich alles in seinem Kopfe zu drehen.

„Sie kommen natürlich von Berlin?“ sagte das alte Fräulein nun in niederlichem, demütigen Ton, „ich kann mir alles schon denken! Wenn Sie nicht gar aus einer Irrenanstalt entlassen sind, so liegt jedenfalls eine Verwechslung mit meiner Nichte vor. Das muß weit mit ihr gekommen sein, wenn ihr die Männer schon bis hierher nachstauen!“

Entsetzt starrte der Graf auf den knirschenden zahnlosen Mund, der sich in seiner ganzen entsetzlichen Breite öffnete.

Herr, du mein Gott, daß ihm das passieren mußte! Es war geradezu grauhaft.

Von der Gegend, wo der Junge stand, kam ein quitschender Ton, aber Graf Dieter war zu geblöckelt, um davon Notiz zu nehmen. Bekannt unter dem Vajillensbild dieser Hexe von Eindorn, war ihm zuante, wie einem lebenden Konigchen, das einer Riesenschlange im Käfig zum Frühstück vorgeworfen wird. Ein letzter Wehlaut entrang sich seinen Lippen. O! Gott, da ging's ja schon wieder los!

„Sind Sie ihr Liebhaber!“ donnerte es ihm schroff entgegen. Und ehe sich der Geualte zu einer Antwort aufraffen konnte, fuhr die Alte fort:

„Sie brauchen gar nicht zu leugnen, belästigen Sie Ihr Gewissen nicht noch mehr! Ich sehe es Ihnen ja an, das sieht überhaupt ein Blinder. Gehen Sie in sich und bessern Sie sich!“

Und nach Atem ringend, setzte sie noch hinzu: „Mensch! Nun verlassen Sie mich aber auf der Stelle, ich will mit solchen verdorbenen Seelen nichts zu tun haben.“

Graf Dieter ließ sich das nicht zweimal sagen. Er erwachte aus seiner Erstarrung, machte dankend von der Erlaubnis Gebrauch und stoh wie gekehrt davon.

An der Tür kniete er haltlos zusammen und das Lachen des Pöbners schallte wieder an sein Ohr. O! Gott, die Alte war fürchterlich gewesen.

Und „Mensch!“ hatte sie zu ihm gesagt, zu ihm, Graf Dieter Mühlhausen, dessen Ahnen schon unter den Kreuzfahrern gekämpft hatten.

Das hatte er ruhig mit anhören müssen. — Halb ohnmächtig sank er in die Polster einer Droschke, die ihm gerade begegnete.

Mein Gott, daß er das erleben mußte! Er vergaß sogar, sein Monocle wieder einzusetzen, was sicher noch nie dagewesen war.

VII.

Wie wohl der Aufenthalt in Breitthof und die gute Pflege Wilma taten. Die freie Luft wirkte gleich einem

Lebenselixier auf die verbrauchten Großadnerven; die vom Warenhauslauf zerfressenen Lungen erholten sich. Wilmos schaukelndes Lager, eine Hängebmatte zwischen zwei Obstbäumen besetzt, war eine wahre Wüste! Wenn sie nach oben blickte, lachte sie der tiefblaue Sommerhimmel durch das Gold der ersten reifenden Frühläpfel an.

Unweit von ihr säßte eine Brahmanvutrasenne voll Stolz ihre Kleinen wazieren und um Wilma sproßte und blühte es im frischen Grün des leuchtenden Grases. Tiefblaue Stodendblumen bewegten sich leicht im Winde, weiße Margueriten und gelbe Storchschnabel schauten ein liebliches Forchtenbild. Dazwischen lugten hier und da Feuerlöcher der Mohnblüten hervor. Wilma war so glücklich zwischen ihren geliebten Blumenkindern; es träumte sich so süß in ihrer Mitte. Und es zuckte ihr oft förmlich in den Fingern, sie nachzubilden und sich an ihrer Schönheit zu versuchen.

Wilma säßte sich bei Luise wie zu Hause. Wie traut und behaglich das doch war. Vormittags lag sie meist in der Hängebmatte und am Nachmittag machte sie einen kleinen Ausflug nach dem nahen Wald. Sie dehnte sich wohligh und ließ sich den von der Bluse frei gelassenen Hals und die Arme bräunen.

Luise trat mit einem Glase Milch aus der Haustüre. Wilma streckte der Alten freudlich die Hand entgegen, um ihr die Milch abzunehmen.

„Ei Fräuleinchen, nu kriegen Se doch wirklich schon ein bißchen rote Backen,“ konstatierte diese erstent.

„Aber Luise, wie soll ich dir das alles einmal danken,“ meinte Wilma dann.

Doch die wehrte ab. „Ich will ja nur, daß Sie wieder gesund werden, liebes Wilmachen. Und sehen Sie,“ setzte die Braue noch hinzu. „Ich bin doch noch in Ihrer Schuld für all das Gute, was mir Ihr verdorbener Vater und Ihre Frau Mutter erwiesen haben.“

(Fortsetzung folgt.)



Kampf des gesamten Standes der württ. Handwerksmeister.

Die Pensionierungsfrage. Der Württ. Beamtenbund hat an seine ihm angeschlossenen Fachorganisationen die Aufforderung gerichtet, sich bis 1. April erneut über die Frage der Zwangspensionierung der Beamten im 65. Lebensjahr zu äußern.

Das diesjährige Turnfest des schwäbischen Turn- und Spielverbands soll am 7. August in Tübingen abgehalten werden. Als Festplatz wurde von der Stadtverwaltung die am Neckar gelegene Lindenhalle und die daran anschließenden Sportplätze zur Verfügung gestellt. Die Vorbereitungen zu der Veranstaltung sind bereits in vollem Gange.

Kurze Chronik.

In Feuerbach ist in einem Lagergebäude der Firma Schulte u. Co. Feuer entbrannt worden. Der Wackerling gelang es nach einstündiger Tätigkeit, das Brandes Herr zu werden. Der Gebäude- und Materialschaden ist nicht unbedeutend. Als Entschuldigungsursache wird Kurzschluss vermutet. — Die im Fils-Neckargau zusammengeschlossenen Gewerbevereine in Heiden in Reichenbach ihre Frühjahrstagung ab, wobei hauptsächlich über die Frage des Verbringens beraten wurde. Auch Steuerfragen und Verkehrsangelegenheiten wurden erörtert. — Bei Neutlingen ereignete sich ein schwerer Automobilunfall. Dem Autovermieter Walter, der nach Göppingen fuhr, begegnete das Kufwagwerk des Dekonomen Reim, das dessen Tochtermann Schille führte. Auf unerklärliche Weise geriet dieser unter das Automobil. In seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Der Kindermord in Waiblingen ist dahin aufgeklärt worden, daß die eunuchische Mutter Berta König ermordet und der Bestrafung zugeführt wurde. — Der 50 Jahre alte verheiratete Fabrikarbeiter Louis Siebler in Geislingen wurde an einem Baum erhängt aufgefunden. Der Grund zur Tat ist unbekannt. — Die Schüler des Realgymnasiums und der Akademie in Gmünd hatten am Dienstag Kostentagen. — In Ehlingen wurden mehrere Teppichdiebe festgenommen. — Unschlüssig der Geburt des siebenten Knaben erhielt der Zimmermeister Dambacher in Dientheim vom Staatspräsidenten wieder ein Patentgeschenk von 100 Mark nebst einem Glückwunschschreiben. — Ein Knecht in Fischenbach kam der Hochspannungseitung zu nahe und wurde vom Strom getötet.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 21. März.

Zu Beginn der gestrigen Nachmittagsitzung wurde zunächst der Antrag der Abgg. Dr. Schofer und Genossen (Str.) über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit Mehrheit und der Antrag der Abgg. Dr. Bernays und Gen. (D. Sp.) in der gleichen Angelegenheit (Abhaltung von anstößigen Vorträgen) einstimmig angenommen. Darauf begründete Frau Abg. Bernays (D. Sp.) einen von Frauen aller Parteien unterschriebenen Antrag über die Einführung von Polizeipflichterinnen, der zu weiterer Behandlung dem Rechtsausschuß überwiesen wurde.

Die von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Förmliche Anfrage über den Generalfreist in Baden-Baden, der nach einem Streit zwischen einem Bauunternehmer und einem Arbeitersekretär auf einen Tag proklamiert und durchgeführt worden war, begründete Abg. Weber.

Minister Kemmle teilte zunächst mit, daß in Baden im Jahre 1909 die erste Polizeifürsorgerin eingestellt worden ist und zwar in Freiburg; 1919 wurden zwei eingestellt in Mannheim und Pforzheim, 1920 eine in Heidelberg und in diesem Jahr eine solche Fürsorgerin in Karlsruhe. Weitere Ausführungen wird der Minister im Anschluß machen. Auch die gewünschte Errichtung eines Heims für verwahrloste Jugendliche soll in dem Ausschuß erörtert werden. Der Minister wandte sich dann der Beantwortung der förmlichen Anfrage über den Generalfreist in Baden zu und betonte, die Regierung habe keine rechtliche Handhabe, einen künftigen Streit dort zu verbieten, wie es die Bürgerschaft von Baden-Baden in einer Versammlung gewünscht habe. Das Bezirksamt Baden habe sich völlig korrekt benommen.

In der Aussprache schilderte Abg. Hörter (Soz.) die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Baden-Baden als sehr gespannt. Wenn die Verhältnisse dort so blieben, so werde es bald zu einem neuen Streit kommen. — Abg. Biegelmaier-Oberkirch (Str.) erklärte, den Generalfreist nicht billigen zu können. Der Lohnausfall betrage durch den Badener Generalfreist 200 000 Mk. und der Stadt sei ein Verlust von 80 000 Mark erwachsen. — Abg. Voß (Komm.) kritisierte das späte Eingreifen der Justiz in dem Badener Fall. — Abg. Stod (Soz.) bezichtigte die Badener in Baden-Baden als rücksichtslos. — Abg. Dr. Schofer billigte die Mahnung des Abg. Hörter zur Verständigung. Redner wünschte eine strengere Handhabung des Blasphemieverbots der schulpflichtigen Jugend und wandte sich gegen die Nachkultur, die im vorigen Jahr von Wandern im Schwarzwald geübt wurde. — Minister Kemmle sagte zu, die eben angeführten Mängel zu untersuchen. Vielleicht lasse die Polizeigewalt in den ländlichen Gemeinden zu wünschen übrig.

Nachdem endlich die Einzelberatungen ausgeführt worden waren, wurde heute nunmehr das Kapitul. Heil- und Pflegeanstalten in Konstanz-Reichenau eingehend erörtert.

In der Aussprache sollte Abg. Amann (Str.) dem Personal Dank für die Tätigkeit, auch die beiden folgenden sozialdemokratischen Redner schloßen sich dem Dank an. — Abg. Rösch (Soz.) rügte eine Maßnahme des dortigen Betriebsrates, die nicht zulässig gewesen sei.

Finanzminister Röschler wandte sich gegen die vorgebrachte Behauptung, daß er neben seinem Gehalt als Minister auch noch ein solches als Direktor des badischen Finanzamtes bezöge. Er habe die dafür ausgeworfenen 59 000 Mark der Staatskasse überwiesen. Ferner gab er

bekannt, daß die badischen Beamten demnächst den Reichsbeamten vollständig gleichgestellt würden.

Ein Abgeordneter wandte sich dann gegen den Luxus in den Bädern, vor allem in Baden-Baden. Nur die Bescheidenden könnten sich heute noch in Bädern aufhalten.

Abgelehnt wurde die Bereitstellung von 75 000 Mk. zur Beschaffung eines Dienstgebäudes für die Gewerkschaft in Osterburken.

Baden.

Bühl, 21. März. In Ensbachswalden fiel das 4 1/2-jährige Knäbchen des Landwirts Fallert in den Mühlenkanal und ertrank.

Kastatt, 21. März. In der Nähe von Au a. Rhein mußte ein französischer Doppeldrucker wegen eines Motorschadens eine Notlandung vornehmen.

Mannheim, 21. März. Bei dem Verband der Metallindustriellen ist ein Telegramm des Reichsarbeitsministers eingegangen, wonach dieser die Durchführung des Einigungs- und Schiedsverfahrens in der Metallindustrie Mannheim-Ludwigshafen übernommen hat. Die Verhandlungen finden am Dienstag den 28. März, vorm. 10 Uhr, im Arbeitsministerium in Karlsruhe statt.

Mannheim, 21. März. Ein 68-jähriger lediger Holzhändler stürzte von einem mit Brettern beladenen Eisenbahnwagen ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er gestorben ist.

Weinheim, 21. März. Die 40-jährige Kriegervitwe Hermann erlitt beim Wäschbügeln einen Kampfschlag und riß dabei den Gasherd um; die Kleider der Frau gerieten in Brand und als Nachbarn herbeieilten, fanden sie die Verunglückte fast ganz verkohlt vor.

Freiburg, 21. März. Der Erzbischof hat folgende Geistliche der Erzdiözese Freiburg zu Erzbischöflichen Geistlichen Räten ad honorem ernannt: Dekan Josef Diezmeier in Kappelroden, Stadtpfarrer und Landtagsabg. Wilh. Rödel in Bühl und Pfarrer Karl Leopold August Seeger in Mähringen.

Ehningen, 21. März. Dem kädtischen Fürsorgeamt haben sich bis jetzt 62 Kleinrentner gemeldet. Davon haben 18 ein jährliches Einkommen unter 1000 Mk., 19 ein Einkommen von 1—2000 Mk., 12 ein Einkommen 2—3000 Mk., 12 von 3—4000 Mk. und 6 von 4—5000 Mk. An diesen Zahlen kann man die Not der Kleinrentner sehen und wie notwendig es ist, daß Reich und Staat sich um diese Kleinrentner annehmen. Auch die Altershilfe des deutschen Volkes wird berufen sein helfend helfend einzugreifen. Viele Kleinrentner haben sich noch gar nicht gemeldet.

Lörrach, 21. März. In seiner Heimatgemeinde Bülk ist Sparkassenrechner Fritz Lienin unerwartet rasch gestorben. Mitten aus der Arbeit wurde er seiner Gemeinde und der badischen Landwirtschaft entzogen. Der landw. Konsum- und Absatz-Verein hat seinen langjährigen Vorstand, die Sparkasse ihren Rechner und die bad. landw. Hauptgenossenschaft Karlsruhe ein Vorstandsmitglied verloren. Raslos war der Bestorbenene im Dienste für die Allgemeinheit tätig.

Gutenbach (bei Teisberg), 21. März. Unter Führung der Badischen Ehrenabteilung L.-G., Filiale Gutenbach, ist hier eine Gemeinnützige Baugenossenschaft gegründet worden.

Schweningen (bei Bonndorf), 21. März. Durch Feuer ist das dem Schmiedemeister Josef Seidler gehörige Anwesen völlig zerstört worden. Es konnte nahezu nichts gerettet werden.

Sausen, 21. März. Bei Grabungen in der Nähe des Pfarrhauses von St. Lindert ist man auf Fundamente des alten im 30-jährigen Krieg abgebrannten Klosters gestoßen. Da die Grabungen sehr viel Geld kosten, können sie nur auf das Notwendigste beschränkt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Tübingen, 21. März. Wegen Nahrungsmittelfälschung und Verfristungsbriuchs war der Metzger und Wirt zur „Krone“ in Emmingen Orl. Nagold vom Schöffengericht in Nagold zu 600 und 800 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Die Hauptverhandlung vor der hiesigen Strafkammer ergab: Böhner hatte im August vorigen Jahres von dem Maurer Hauffer in Pforzdorf, Orl. Nagold, ein krankes Kalb um 90 Mk. gekauft, das dem Berenden nahe war. Einige Tage darauf erkrankten in Emmingen 17 und in Pforzdorf 13 Personen, die Wurst von Böhner gekauft hatten, an Paratyphus; teilweise waren es sehr schwere Fälle, tödlich verlief jedoch keiner. Da nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß Böhner das Kalbfleisch verurteilt hatte, die Typhusbazillen konnten auch durch anderes Fleisch in die Wurst gekommen sein, da ganz verdorbenes Fleisch im Eisschrank gefunden wurde, so wurde Böhner von der Lebensmittelfälschung freigesprochen, dagegen erkannte das Gericht wegen Verfristungsbriuchs und damit verbundener schwerer Gefährdung menschlicher Gesundheit auf 3000 Mk. Geldstrafe.

Reitbrunn, 21. März. Wegen sittlicher Verfehlungen an 13 Jahre alten Mädchen wurde der 51 Jahre alte Tagelöhner Karl Haag von Kochertürn Orl. Neckarsulm von der hiesigen Strafkammer zu 10 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ludenburg, 21. März. (Zuderschieber.) Vor dem hiesigen Wuchergericht hatten sich verschiedene Personen wegen Zuderschieberungen und wegen Preisereiberei beim Zuderverkauf zu verantworten. Die meisten der Angeklagten waren aus Mittelbaden, aus jenen Orten, die durch die Schwarzbrennerei eine zweifelhafte Berühmtheit erlangt haben. Verurteilt wurden der Händler Emil Scheibel aus Kappelroden zu 5000 Mk. Geldstrafe, der Händler Gustav Schitt aus Reichen zu 6000 Mk. Geldstrafe. Die beschlagnahmten 120 Ztr. Zuder wurden eingezogen. Der Händler Johann Baumann aus Milschweiler wurde wegen unerlaubten Handels mit Zuder zu 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die bei ihm vorgefundenen 70 Ztr. Zuder wurden beschlagnahmt und eingezogen. Wegen des gleichen Vergehens erhielt der Fuhrmann Konrad Bärk aus Achern 2000 Mk. Geldstrafe. Mit Rübenknäuel handelte unerlaubterweise der Kauf-

mann Josef Fischer von Bühl, der zu 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Nahezu 200 Ztr. Rübenknäuel, die man bei ihm beschlagnahmte, wurden eingezogen.

Freiburg, 21. Wegen der vielen Wäschdiebstähle im vor. Sommer in den meisten Stadtteilen Freiburgs und worunter auch Krankenhäuser, Fremdenheime usw. zu leiden hatten, wurden vier Angehörige einer Familie verurteilt. Die Haupttäterin Amalie Knappier erhielt 1 Jahr 9 Monate, ihre 24-jährige Schwester Berta 1 Jahr Gefängnis. Die Mutter erhielt wegen Hehlerei 6 Monate und ebenfalls wegen Hehlerei die 22-jährige Tochter Luise 2 Monate Gefängnis.

Wetter.

Der Wettersturz wird uns nördliche und östliche Aufströmungen bringen, die kälteres Wetter und vereinzelte Niederschläge bringen werden. Am Donnerstag und Freitag wird demnach bedecktes Wetter mit Schnee und Regen zu erwarten sein.

Vermischtes.

Die Zeitungsboten. Wie der „Röln. Ztg.“ aus München gedrahtet wird, haben seit dem 4. Januar 62 bayerische Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt. Weitere Betriebsstillegungen, darunter einiger aus dem 18. Jahrhundert stammender Provinzialblätter, stehen auf den 1. April bevor.

Feuerbestattung. Durch Feuer lassen sich gemindert in Deutschland etwa 12 Prozent aller Sterbenden bestatten. Im Oktober 1921 wurden in ganz Deutschland 1500 Verstorbene verbrannt, davon in Berlin 390. Die relativ größten Zahlen werden aus Sachsen berichtet.

Giftmord. In Schwegenheim b. Wermersheim (Pfalz) wurde die 16-jährige Katharina Stoll wegen Verdachts des Giftmordes an ihrem Vater verhaftet. Die Stoll unterhielt ein Verhältnis mit einem Burden aus einem benachbarten Dorf, das ihr Vater nicht dulden wollte. Aus diesem Grund scheint die Verhaftung ihren Vater, den Maurer Georg Stoll, ums Leben gebracht zu haben. Die Untersuchung der Leiche des Stoll ergab, daß eine Vergiftung vorliegt.

Zwei Todesurteile. Das Schwurgericht Reg. i. O. hat zwei Burden namens Schneider und Haesch wegen zweier Mordtaten zum Tode verurteilt. Die beiden hatten einen Privatmann namens Franz und einen Kassierer ermordet. Die Geschworenen weigerten sich, ein Gnadengesuch an den französischen Präsidenten zu schreiben.

Die Bergwerksindustrie in Elbstal-Lothringen im Jahr 1921 zeigt folgendes Bild: Die Gesamtproduktion der Bergwerke betrug an Eisen 7,8 Millionen Tonnen gegen 8 Millionen 1919/20 diejenige an Kohlen 3,6 Millionen, gegen 3,2 Mill. im Vorjahr, an Stahl 900 000 Tonnen gegen 1,2 Mill. Tonnen i. V. und an Petroleum 55 500 Tonnen gegen 54 900 Tonnen i. V.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 22. März 1922.

— Weißer Frühlingsanfang. Wie wenig sich die Natur am den Kalender bekümmert, sieht man am diesjährigen Frühlingsanfang. Während der Winter sich mit einem ungemütlich-nahelastigen Regenwettertag nicht gerade sehr höflich verabschiedete, hat der Frühling seine Regentkraft zur allgemeinen Überraschung mit nicht endenwollendem Schneegestöber, angetreten. Einen solchen Regierungsantritt des Lenzes 1922 hat nach dem vielversprechenden Vorfrühling niemand erwartet. Der junge Lenz wird sich aber durchsetzen und dafür sorgen, daß das weiße Kleid, das jetzt die Natur so unzeitgemäß trägt, nur eine vorübergehende Mode ist. Bald wird er uns wieder sonnig-blaue Tage (süden) und alles grünen und blühen lassen einem neuen Sommer entgegen.

— Neue Freimarken. Folgende neue Freimarken sind in der Reichsdruckerei fertiggestellt: zu 80 Pfg. (Schmiedearbeiter, in Bogen und Rollen), zu 50 Pfg. (Ziffer, in Rollen), zu 75 Pfg. (Germania, in Bogen und Rollen), zu 1 1/2 Mk. (Germania, in Bogen und Rollen), zu 150 Pfg. (Landarbeiter, in Bogen), zu 3 und 4 Mk. (Entwurf: Eshofat, in Rollen), zu 5 und 10 Mk. (Entwurf: Haas, Ziffern).

— Pflanzenmilch. Der Chemiker Gustav Munk berichtet in der Zeitschrift „Natur“ von seinen Versuchen, Pflanzenmilch als vollwertigen Ersatz für Kuhmilch zu schaffen. Als Rohstoffe kamen in Betracht Sojabohnen, Erdnüsse und ähnliche Oelbäume, die mit Wasser zerrieben, milchähnliche Emulsionen bilden. Nach zahlreichen Versuchen gelang es, durch Ausschleudern aus verschiedenen Oelbäumen Milch zu erhalten, die 1 Prozent mehr Fett, 1,5 Prozent weniger Stickstoffsubstanzen, dagegen Kohlenhydrate und Salze fast in der gleichen Menge wie Kuhmilch enthält und im Preise etwa zwei Drittel billiger ist als der heutige Landwirtschaftspreis für Kuhmilch.

Das Ende der gemüthlichen Stammtische. Die tranken Tafelrunden, die sich vor dem Krieg allabendlich in bestimmten Gaststätten an „reservierten“ Tischen zusammenfanden, sind nahezu gänzlich verschwunden. Den einen oder anderen der Gesellschaft hat Gedatter Gain entführt, die meisten aber erscheinen deshalb nicht mehr an dem altgewohnten Platz, weil sie die gegenwärtigen Preise nicht mehr erschwimmen können. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Stammtische völlig ausgestorben wären. Es ist lediglich eine Verjüngung eingetreten, die aber keineswegs auch eine vorteilhafte Verbesserung bedeutet. Die Jugend von heute tritt in den Gastwirtschaften sehr anspruchsvoll auf, beansprucht die besten Plätze und macht durch ihr hochsahrendes Wesen dem Wirt und dem Bedienungspersonal das Leben rechtlich schwerer. Daß man gerne in „bunter Reihe“ sitzt, bedarf keiner besonderen Betonung. Die gleiche Wandlung ist auch in den Kaffeehäusern zu bemerken. Der Kleinrentner ist gewohnen, sein Tägliches Ersatzkaffee zu Hause zu trinken und sich auch sonst jede Erfrischung und jedes Vergnügen zu verschaffen. Dadurch ist das sonst so mannigfaltige und charakteristische Gesellschaftsbild außerordentlich monoton und trüblich geworden.



Letzte Nachrichten. Reichstag.

Berlin, 21. März.

Am Regierungstisch Finanzminister Dr. Hermes.
Auf eine Anfrage des Abg. Jäglebel (Soz.), der die Weiterverwendung von Briefmarken mit dem Bildnis des früheren Kaisers bemängelt hatte, wird mitgeteilt, daß Ende 1921 Briefmarken dieser Art im Nennwerte von 5 Mark noch in einer Anzahl von 1 1/2 Millionen Stück vorhanden waren. Wegen der hohen Herstellungskosten sollten sie im Innern aufgebraucht werden und sind nahezu vollständig verwendet.

Das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisationsverordnungen wird einem Ausschuss überwiesen.

Zweite Lesung der Steuervorlagen.

Die Einzelberatung des Vermögenssteuergesetzes wird fortgesetzt. Nach § 21 beträgt die Vermögenssteuer für die natürlichen Personen von den ersten 250 000 M. 1 vom Tausend und steigt bis auf 10 vom Tausend. Der § 22 führt Zuschläge zur Vermögenssteuer ein. Der Zuschlag beträgt von den ersten 250 000 M. 100 Prozent und steigt bis auf 200 Prozent.

Abg. Dr. Herk (Unabh.) beantragt, schon für die ersten 100 000 M. 100 Prozent zu erheben und die Steuer bis auf 300 Prozent steigen zu lassen.

Abg. Dr. Helfferich (D.natl.) bekämpft diesen Antrag, während Abg. Hölllein (Komm.) für eine Erhöhung der Zuschläge eintritt.

Abg. Dr. Helfferich (D.natl.): Man muß die Steuern nicht zum Vermögen sondern zum Einkommen in Verbindung setzen. (Zuruf links: Sie Deutscheberger.) Ein Millionär von heute ist ein Mann, der früher 25 000 Goldmark hatte. (Zuruf links: Auch eine schöne Sache!) Der Redner beantragt, daß dem Zuschlag zur Vermögenssteuer nicht unterliegen: deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industrieobligationen und andere festverzinsliche, auf deutsche Währung lautende Wertpapiere, sowie auf deutsche Währung lautende Hypotheken, soweit diese Wertpapiere und Hypotheken sich seit dem 30. Juni 1918 ununterbrochen in dem Besitz der Steuerpflichtigen befinden haben.

Es folgen die Abstimmungen.

Bei § 16 (Wertermittlung) wird beschlossen, daß für die Zeit der Erhebung des Zuschlages die Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe Anwendung findet, daß der Ermittlung des nachhaltigen Ertrages insbesondere auch der Ertrag der letzten 3 Jahre berücksichtigt wird. (Zuruf des Abg. Höll in (Komm.): Steuerfabrikanten! Helfferich!) Im übrigen wird § 16 in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die §§ 21 und 22, welche die Tarife enthalten.

Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Entwurfes eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. Der Vermögenszuwachs soll gleichzeitig mit der Feststellung des Vermögenswertes für die Vermögenssteuer ermittelt werden zum erstenmal in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis zum 31. Dezember 1925 von dem entstandenen Vermögens-

zuwachs, später in Zeitabständen von 3 zu 3 Jahren für den Zuwachs der vergangenen 3 Kalenderjahre. Für die ersten 200 000 M. beträgt die Steuer 1 Prozent, sie steigt bis auf 10 Prozent. Weiter als 12 Jahre zurückliegender Vermögenszuwachs bleibt außer Anschlag. Steuerpflichtig ist nach § 14 nur der den Betrag von 100 000 M. übersteigende Zuwachs. Die Steuer wird nur erhoben, wenn das Endvermögen mehr als 200 000 M. beträgt.

Abg. Hölllein (Komm.) beantragt, schon einen Zuwachs von 50 000 M. zu besteuern. Dieser, sowie ein Antrag Dr. Helfferichs (D.natl.) auf Befreiung von Zuwachssteuern für unterhaltspflichtige Personen um je 25 000 M., werden abgelehnt.

Kommunistische Demonstrationen in Berlin.

Berlin, 21. März. Der Bezirk Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei veranstaltete gestern auf dem Schlossplatz eine Demonstration gegen das Steuerkompromiß, gegen die Stinnes-Wirtz-Regierung, gegen den Abbau des Achtstundentages, gegen Lohnrückerei, Teuerung und Steuerdruck und gegen die unerböte Klassenjustiz.

Die französische Bauarbeiter Abordnung in Deutschland

Köln, 21. März. Die französische Bauarbeiterabordnung, welche Deutschland zum Studium für die Bauhäften zum Zwecke des französischen Wiederaufbaues bereist, ist in Köln eingetroffen. Der Aufenthalt der unter der Führung von Jouhaux stehenden Abordnung war von großer Dauer. Die französischen Gäste fuhrten über Düsseldorf nach Essen weiter und werden sich dann nach Berlin begeben, wo sie mit der Reichsregierung eine Besprechung herbeiführen wollen.

Die Beratungen der Reparationskommission.

Paris, 21. März. Während nach einem Habasbericht die Wiedergutmachungskommission hinsichtlich der Festsetzung des deutschen Zahlungsplanes für 1922 fast geschlossen für die Anwendung der Beschlüsse von Cannes eintritt, herrscht über die Ausführung der Garantien und die Art der alliierten Kontrollmaßnahmen noch große Unstimmigkeit. England und Italien traten für die Absendung eines Ultimatum an Deutschland ein, in dem es unter Androhung von Zwangsmahnahmen innerhalb einer bestimmten Frist zur Durchführung der verlangten Finanzreformen aufgefordert wird. Kommt Deutschland diesem Verlangen nach, so werden die Alliierten jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands unterlassen. Frankreich und Belgien dagegen wollen die sofortige Errichtung einer alliierten Kontrollstelle zur Überwachung der deutschen Finanzen, besonders über die Zölle und die ausländischen Devisen. Es wird nun versucht, zwischen diesen beiden Ansichten ein Kompromiß herzustellen auf die Weise, daß Deutschland aufgefördert wird, die Kontrollstelle grundsätzlich zuzulassen, mit dem schwachen Troste, daß sie erst später in Wirksamkeit treten soll. Man hofft, in der heutigen Sitzung hierüber zu einer Einigung zu gelangen.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 21. März 288 Mark.

Der Marktkurs. An der Berliner Börse trat am Montag ein außerordentlicher Rückgang des Markt-

kurses ein, indem der Dollar bis auf 303 anziehen konnte. Die Entwicklung des Marktes unterlag jedoch starken Schwankungen, hielt sich aber ständig in aufsteigender Linie. Die Vorzeichen zu dieser Bewegung traten bereits am Samstag ein, indem zum Wochen-schluß verhältnismäßig außerordentliche Kurserhöhungen zu verzeichnen waren, die sich bei Eröffnung des heutigen Verkehrs von Büro zu Büro fortsetzten.

Die Eröffnung der zweiten Wiener Messe fand am Montag mittag ohne besonderes Gedränge am Ober-schlesischen Tore statt.

Mehlpreisausschlag. Die Südb. Mühlenvereinigung G. m. b. H. in Mannheim teilt mit, daß sich der Preis für Weizenmehl Spezial 0 vom Montag, 20. März, auf 2010 M. erhöht hat.

Erhöhung der Margarinepreise. Die Margarine-fabriken haben mit Wirkung ab 20. März die Preise um 250 M. je Pfund weiter erhöht.

Neue Bierpreiserhöhung. Es verlautet, daß auf 1. April 1922 eine Bierpreiserhöhung eintreten wird, nachdem die Biersteuer vervierfacht und damit auf etwa 50 M. für 100 Liter erhöht wird. Außerdem sind auch die Preise für Rohstoffe wie Gerste und Hopfen in ganz außerordentlichem Maße gestiegen, so auch die Arbeiterlöhne usw.

Welcher Holzpreis ist angemessen? Diese Frage wurde dieser Tage von der Strafkammer Geddingen in einem Verfahren gegen die Bürgermeister Hofen-Bauern und Klaiber-Gaufeltingen und andere wegen Ein-nahme zu hoher Preise für Brennholz dahin beant-wortet, daß 280 Mark pro Meter als angemessen zu erachten seien. Die angeklagten Bürgermeister wurden zu einer Geldstrafe von 3000 M. bzw. 1000 M. und zur Ertragung der Gerichtskosten verurteilt. Außer-dem erfolgt die Einziehung des übermäßigen Gewin-nes — die Angeklagten hatten für Buchenscheiter bis zu 530 und 660 M. erzielt — in einem besonderen Verfahren. Das Gericht fügte noch an, daß in Zu-kunft noch schärfere Strafen bis zu 100 000 M. aus-gesprochen würden.

Stuttgart, 21. März. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 45 Döfeln, 52 Bullen, 210 Jung-bullen, 203 Jungrinder, 259 Kühe, 468 Kälber, 718 Schweine, 6 Schafe und 1 Flegel. 20 Kühe blieben un-verkauft. Gelbt wurden aus 1 Str. Lebendgewicht: Döfeln erste Qualität 1720—1860, zweite 1280—1500, Bullen erste 1520—1650, zweite 1200—1400, Jung-rinder erste 1780—1930, zweite 1500—1650, dritte 1150—1350, Kühe erste 1150—1350, zweite 850—1050, dritte 580—720, Kälber erste 1980—2050, zweite 1780 bis 1900, dritte 1600—1700, Schweine erste 2100 bis 2230, zweite 1880—1980, dritte 1700—1800 M. Ver-lauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, bei Kälbern und Schweinen lebhaft.

Gaidorf, 21. März. Dem Märzviehmarkt wa-ren zugeführt: 4 Stiere, 15 Kühe und 18 Stüd Rin-der und Jungrinder. Hier von wurden verkauft: 2 Stiere zum Preis von zusammen 30 000 M., 3 Kühe zum Preis von 13 000—17 000 M., 9 Rinder und Jungvieh zum Preis von 5400—11 800 M. je d. St.

Elmangen, 21. März. Dem Schweinemarkt wa-ren 167 Milch- und 4 Laufschweine zugeführt. Das Paar Milchschweine kostete 1600—2100 M., Lauffer das Stück 1500—2000 M.

Wildbad.
Durch den Holzhauer August Keller in Sprollenhaus werden im Staatswald Wanne Distrikt 2 vom 23. März ds. Js. an bis auf Weiteres von vorm. 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr

Stockholzprensungen

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis ge-bracht wird.

Stadtschultheißenamt.

Waldbrände betr.

In der kommenden Jahreszeit sind unsere Wälder durch Waldbrände besonders gefährdet. Es wird darauf hinge-wiesen, daß Jedermann bei Vermeidung hoher Strafen zur sofortigen Anzeige eines Waldbrandes und zur Hilfeleistung bei einem solchen verpflichtet ist. Alle Holzhauer und Wald-arbeiter sind nach der Holzhauer- und Waldfeuerlöschord-nung verpflichtet, sobald sie von einem Waldbrande Kennt-nis erhalten, mit ihrem Geschirz auf kürzestem Weg an die Brandstelle zu eilen und dort einzugreifen. Nichtbeachtung dieser Vorschrift hätte für die betr. Holzhauer und Wald-arbeiter neben der Strafe sofortige Entlassung aus der Arbeit zur Folge.

Wildbad, den 21. März 1922.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Pfannkuch & Co.
Donnerstag eintreffend
Cabeljau,
per Pfund 7.50 Mark.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekannten
Einkaufsstellen

Braunliche Stofffarben
in allen Farben,
für Seide u. Wolle.
Zu haben bei
Gebr. Schmit Med.-Drogerie.

Turn-Verein
Wildbad.
Heute abend
Männerriege
Der Vorstand.

Eingänge
grosser Posten
Qualitäts-Cigarren
nach zu günstigen Zwischenpreisen. :: Beste Gelegenheit
zum Sommereinkauf f. Hotels, Wirte u. Pensionen.
Tabakwarengroßhandlung
Chr. Schmid & Sohn
Wildbad.

RBN *Phil. Rosch Nachf.*
W *Wildbad,*
Kauptstraße Tel. 32
Große Auswahl
in
Manufakturwaren
Aussteuerartikeln
Damen-Wäsche
Herrn-Wäsche
Trikotagen
Kragen Cravatten
Reelle Bedienung!
Billigste Preise!

Hausfrauen und Bürger von Wildbad und Umgebung.

Heraus mit dem alten Kram, die Bühnen geräumt. Ueberbiete jede Konkurrenz am Plage. Bezahle heute bis morgen 23. März mittag 5 Uhr im Gasthof zur Eisenbahn hier für

schöne Hauslumpen	2 M.
Bollgestricktes	15 M.
Reutuchabfall	3 M.
Zeitungen, Zeitschriften	
Bücher, Altpapier	2 M.
Knochen	1 M.
Zinnteller, Krüge und sonstiges	
Zinngeschirr	90 M.
Kupfer	50 M.
Leichtmessing	25 M.
Schwermessing	30 M.
Zinn und Blei	14 M.

Alles per Kilo.
Kaufe von Händlern zu erhöhten Preisen.
Jedes Kind erhält noch ein Geschenk, solange Vorrat reicht.
Spindler, Stuttgart, Paulinenstr. 3.

Ich suche einige
Villenbaupläge
in Wildbad selbst und welche an der Bahnlinie im Enz-tal gelegen.
E. Hutzenlaub, Architekt
Telephon 115. Graf Eberhardsbau.

Alle
ehem. Ref. 119er
von hier und Umgebung
treffen sich am Samstag, den
25. März 8 Uhr abends
zu einer
wichtigen Besprechung
im Nebenzimmer des Rats-
tellers. Der Einberufer.

**Bei Husten, Heiser-
keit, Ver schleimung**
trinkt
Hama Kräuter-Tee.
Zu haben
in der Stadtapotheke.